

Pressemitteilung vom 6. November 2012, Sperrfrist: 16.30 Uhr

## **Verletzung der Religionsfreiheit „inakzeptabel“**

Konferenz in München endet mit Appell an Politik und Religionsgemeinschaften

München. Politische und kirchliche Vertreter aus Asien, Afrika und Europa haben auf einer internationalen Konferenz in München das Menschenrecht Religionsfreiheit diskutiert. Die zweitägige gemeinsame Konferenz von Hanns-Seidel-Stiftung und Sant'Egidio zur weltweiten Lage der religiösen Minderheiten endete mit dem Appell, die Debatte zum Thema Religionsfreiheit entschieden fortzuführen.

In jedem vierten Staat weltweit werden Gläubige in ihrer Religionsfreiheit behindert oder sind sogar mit dem Tod bedroht. 80 Prozent der weltweit religiös Verfolgten sind Christen. Der UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, Heiner Bielefeldt, informierte über die Lage religiöser Minderheiten in den verschiedenen Weltteilen, der italienische Minister und Gründer von Sant'Egidio, Andrea Riccardi, referierte im Konferenzzentrum München über Glaubenszeugnis und Christenverfolgung im 21. Jahrhundert. Die Veranstalter der internationalen Konferenz waren sich einig, das Menschenrecht Religionsfreiheit in der aktuellen religiösen und politischen Diskussion zu verankern und hierfür folgende Erklärung abzugeben:

Wortlaut des Kommuniqué der internationalen Konferenz Menschenrecht „Religionsfreiheit“ von Hanns-Seidel-Stiftung und der Gemeinschaft Sant'Egidio am 5./6. November 2012: *„Die Verfolgung und Diskriminierung von Christen und anderen religiösen Minderheiten nehmen beständig zu. Täglich erleben wir unerhörte Gewalt, die für das Gewissen unerträglich ist. In mindestens 50 Staaten der Erde werden Menschen täglich aufgrund ihres Glaubens verfolgt, mit dem Tod bedroht und teilweise sogar umgebracht. Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert Religionsfreiheit zwar als Menschenrecht. Insbesondere für die Angehörigen religiöser Minderheiten sieht die Realität weltweit jedoch oft anders aus. Solche Verletzungen des Menschenrechts Religionsfreiheit sind inakzeptabel. Sie zerstören alle Grundlagen des Zusammenlebens und fordern ein entschlossenes Handeln. Interreligiöser Dialog und das deutliche Eintreten für Religionsfreiheit als universales und unveräußerliches Recht sind zwei Grundpfeiler für den weltweiten Aufbau des friedlichen Zusammenlebens von Anhängern unterschiedlicher Religionen. Die Hanns-Seidel-Stiftung und die Gemeinschaft Sant'Egidio wenden sich mit einem Appell an die Regierungen, die Abgeordneten, die Kirchen und religiösen Gemeinschaften sowie die Nichtregierungsorganisationen Europas, damit das Thema der Religionsfreiheit auf die Tagesordnung der politischen und zivilen Debatten in Europa gesetzt wird.“*

In einer Podiumsdiskussion sahen die Vertreter von Politik und Kirchen, darunter Bambergers Erzbischof Ludwig Schick, eine Notwendigkeit, auch heute das Thema Religionsfreiheit als Herausforderung anzunehmen und in die Debatten einzubringen.

Pressekontakt: Hubertus Klingsbögl, [presse@hss.de](mailto:presse@hss.de) Tel. +49 (0)89 1258 253



Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
Lazarettstraße 33  
80636 München

Telefon + 49 (0)89 1258-253  
Telefax + 49 (0)89 1258-363  
[presse@hss.de](mailto:presse@hss.de)